Nummer 50 — Halle, Freitag den 29. Februar 1924 — 59. Jahrgang

Straßenverkauf: 100 Milliarden.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der im voraus zu entrichtende Bezugspreis ist freibleibend. Der Postbezugspreis beträgt 2.— Goldmark ohne Bestellgeld. Bezugskündigungen sind stets zehn Tage vor Monatsbeginn zu erledigen. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Preise sind freibleibend. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtt-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 4629. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Regierungskrisis in Belgien.

Die Vasallenpolitik des Kabinetts Theunis-Jaspar.

Paris, 28. Februar. Aus Brüssel wird gemeldet: Das Kabinett Theunis hat demissioniert, nachdem der französisch-belgische Vertrag mit 95 gegen 79 Stimmen von der Kammer abgelehnt worden ist.

Die mit großer Spannung erwartete Debatte in der belgischen Kammer über den belgisch-französischen Wirtschaftsvertrag hat gestern nachmittag durch die Abstimmung ihr Ende gefunden und dem Kabinett Theunis-Jaspar, das mit dieser Abstimmung die Vertrauensfrage verbunden hatte, eine Niederlage eingebracht. Mit 95 gegen 79 Stimmen wurde der vom Kabinett unterzeichnete Vertrag abgelehnt. Das Kabinett zog daraus die Folge und reichte dem König seine Demission ein. Bezeichnenderweise drehte sich die Debatte über diesen Wirtschaftsvertrag zum guten Teil um die außenpolitischen Taten des Kabinetts, das ja vollkommen im französischen Fahrwasser segelte und das Schicksal des Landes eng mit dem Frankreichs verknüpft hat. Bisweilen wurden von der belgischen Regierung zwar Versuche gemacht, in ein engeres Verhältnis mit England zu kommen und dadurch die französische Umklammerung zu lösen. Aber alle diese Versuche scheiterten an Poincaré, mit dem doch zu große Bindungen eingegangen sind.

Die gemeinsame Ruhrinvasion kettet das Schicksal Belgiens an das Frankreichs und zwingt die belgische Regierung auch weiterhin Poincaréchs treuer Helfer bei der Durchführung seiner hegemonistischen Pläne zu sein. Die wiederholten Angriffe der Sozialisten benutzte auch Jaspar, weil er sich schließlich doch der völligen Abhängigkeit von Frankreich unangenehm bewußt wurde, dazu, von der vermittelnden Tätigkeit des belgischen Kabinetts ein Lobied zu singen, das sich mit dichterischer Freiheit weit von den Tatsachen entfernt und mehr die schüchternen Wünsche als die Taten und Erfolge zum Ausdruck bringt. Er sucht Verdienste da heraus zu konstruieren, wo die Verhältnisse stärker waren als die niederträchtigen Ziele Poincarés und seiner Vasallen und auch das Weltgewissen sich wenigstens für Augenblicke über das an Deutschland verübte Unrecht empörte. Es mag sein, daß er hier und da vermittelnd und abschwächend auf die zynische Politik Poincarés einzuwirken versuchte. Erfolge kann er sich aber kaum zuschreiben, da sein Wirken zur Stützung der französischen Pläne beitrug.

Die Zusammensetzung der Opposition gegen den Wirtschaftsvertrag läßt nicht klar erkennen, in welcher Weise sich die neue Regierungsbildung abspielen wird. Es ist aber immerhin damit zu rechnen, daß das Kabinett in irgendeiner Form wiederkehren wird, da von den 22 Katholiken, die gegen den Vertrag stimmten, anzunehmen ist, daß ihnen die Absicht, das Kabinett zu stürzen, fern lag. Die Ovation, die Theunis anschließend an die Abstimmung in der Kammer von der katholischen Partei im Senat dargebracht wurde, läßt solche Schlüsse zu, wenn auch bereits davon die Rede ist, daß an Stelle von Theunis der bisherige Wirtschaftsminister die Neubildung übernehmen würde. Daß die Sozialisten jetzt schon für eine Neuregierung in Betracht kämen, ist kaum zu erwarten, obwohl Vandervelde vor einigen Tagen die Bereitwilligkeit der Sozialisten ankündigte, die Nachfolge des Kabinetts Theunis-Jaspar anzutreten. Eine Änderung der belgischen Außenpolitik wird, das scheint immerhin festzustehen, ein Kabinettswechsel nicht herbeiführen. Dafür wird schon Poincaré sorgen. Die Bindung an Frankreich läßt keine andere als Vasallenpolitik zu.

*

Paris, 28. Februar. Die Nachricht von dem Sturze der belgischen Regierung hat, obwohl die Stellung des Kabinetts Theunis bereits seit einer Reihe von Tagen als erschüttert galt, ungeheures Aufsehen erregt. Vom Quai d'Orsay wurde am späten Abend an die Agenturen eine Notiz verlandt, in der es heißt, der Rücktritt des belgischen Ministerpräsidenten müsse bedauert werden, da er stets bestrebt war, seine Politik mit der französischen in Einklang zu bringen, namentlich im Hinblick auf die Ruhrbesetzung. Die weitere Entwicklung der belgischen Regierungskrise beurteilt man in hiesigen Kreisen ziemlich zuversichtlich. Man behauptet, daß das kommende Büßeschaukelspiel die Politik keines Vorängers auf alle Fälle in der Konvulsionen, besonders hinsichtlich der Einstellung zu Frankreich, werde fortsetzen müssen. Wie weit diese Behauptung zutreffend ist, man dahingestellt bleiben. Es sei indessen nur an eine von Theunis kürzlich abgegebene Erklärung erinnert, wonach ein seinem Kabinett ausgestelltes Mißtrauensvotum auch eine Krisis am sämtlichen Problemen der auswärtigen und inneren Politik bedeuten würde.

Die reformierte Kontrollkommission.

Paris, 28. Februar. „Petit Parisien" veröffentlicht aus englischer Quelle eine ziemlich genaue Inhaltsangabe der Note Ramsay Macdonalds. Der englische Premierminister stände auf dem Standpunkt, daß die gegenwärtige Kontrollkommission ein zu kompliziertes Organismus sei. Andererseits halte er es für verfrüht, den Völkerbund mit der Kontrolle zu beauftragen. Aus diesem Grunde habe sich Macdonald zur Ernennung eines Garantiekomitees entschlossen.

Die Aufgabe dieses Komitees würde darin bestehen, die deutschen Rüstungen, soweit sie sich auf schwere Artillerie, Panzerwagen, Flugzeuge, giftige Gase usw. beziehen, zu überwachen. (?) Von den Rüstungen zweiter Ordnung würde man absehen. An die Umwandlung der gegenwärtigen Kontrollkommission in ein mit beschränkten Machtbefugnissen ausgestattetes Garantiekomitee knüpfte die englische Regierung jedoch eine Reihe von Bedingungen, die Deutschland zu unterschreiben habe. So müsse das Reich sich formell verpflichten, in sämtlichen Munitionsfabriken künftig nur noch solche Gegenstände herstellen zu lassen, die mit den Vorbereitungen des Krieges nichts zu tun hätten.

Außerdem werde die Berliner Regierung verpflichtet, statistische Angaben über das überflüssige Kriegsmaterial zu machen, das sie hierauf der Kontrollkommission aushändigen müsse. Außerdem habe die deutsche Regierung durch Gesetzesbeschluß auf die Militärdienstpflicht zu verzichten. (?) Der Anwerbung von Freiwilligen werde nichts in den Weg gelegt. Schließlich würde man der Reichsregierung das Versprechen abnehmen, die Tätigkeit des interalliierten Komitees in weitgehendem Maße zu erleichtern.

Zur Macdonaldnote wird halbamtlich von deutscher Seite bemerkt: Wenn die englische Regierung sich jetzt auch der Botschafterkonferenz gegenüber auf den Standpunkt stellt, daß die Aufgabe der Kontrollkommissionen beendet ist, so kann das Deutschland nur willkommen sein. Nach dem Vertrag von Versailles kann aber daraus nur folgen, daß nunmehr an Stelle der bisherigen Kontrolle das Regime des Artikels 213 des Vertrages in Kraft tritt, wonach der Völkerbund jederzeit Untersuchungen ad hoc über den deutschen Rüstungsstand vornehmen kann. Das, was beabsichtigt sein soll, wäre jedoch etwas ganz anderes, nämlich die Einsetzung eines neuen Komitees an Stelle des alten mit völlig neuen und gegenüber den bisherigen Funktionen der Kontrollkommissionen wesentlich erweiterter Aufgaben. Eine derartige Einrichtung ist im Vertrag von Versailles nicht vorgesehen.

Macdonald im Kreuzfeuer der Kritik.

Die Wirkung der Hendersonschen Rede.

London, 28. Februar. In der Sitzung des Unterhauses wurden an den Ministerpräsidenten verschiedene Anfragen mit Bezug auf die Rede des Innenministers Henderson gerichtet, in der er erklärt hat, eine Revision des Friedensvertrages von Versailles sei die dringendste Notwendigkeit der Stunde. Macdonald erklärte, daß der Erklärung Hendersons kein Kabinettsbeschluß zugrunde liege und daß die einzige Feststellung, für die die Regierung verantwortlich sei, die von ihm selbst im Unterhause vorgebrachte Regierungserklärung sei. Mac Neill, das konservative Mitglied des Parlaments und Unterstaatssekretär im Ministerium Baldwin stellte daraufhin fest, daß Macdonald in allen seinen bisherigen Reden mit keiner Silbe davon gesprochen habe, daß der Friedensvertrag von Versailles revidiert werden müsse. Er glaube doch, daß

angesichts der alarmierenden Wirkung der Hendersonschen Erklärung auf beiden Seiten des Kanals eine klare und unzweideutige Aussprache des Ministerpräsidenten über diese Frage dringendste Notwendigkeit sei. Macdonald erwiderte hierauf, er sei überrascht davon, daß man in seinen bisherigen Erklärungen eine Zweideutigkeit entdeckt und wiederholte, daß die Regierung die Verantwortung trage lediglich für das, was er selbst gesagt habe und für nichts anderes.

Mac Neill erhob sodann zum Antrage, daß das Haus die in den Aussprüchen der Minister sich kundgebenden Widersprüche in der außenpolitischen Auffassung diskutiere und ebenso das Versäumnis der Regierung, die Wirkungen zu beseitigen, die die Rede Hendersons in den alliierten Ländern hervorgerufen habe.

Im weiteren Verlauf der Diskussion sprach sich Macdonald nochmals über die Rede Hendersons aus und bezeichnete sie, ohne ihren Inhalt zu desavouieren, als einen schweren Fehler, und gab im Anschluß wichtige programmatische Erklärungen über die englische Außenpolitik ab. Er werde seine Reparationspolitik erst entwickeln, sobald die Sachverständigen ihren Bericht erstattet haben. Dann würde er versuchen, die Regelung der Reparationen, der Schulden- und Sicherheitsfrage herbeizuführen. Die Abrüstung Europas und den Ausbau des Völkerbundes zu einer wirksamen Friedenskommission durch Aufnahme von Deutschland und Rußland sei sein Ziel.

Die politische Debatte im Reichstag.

Um die Notverordnungen der Regierung.

Berlin, 27. Februar. Im Reichstag wurde am Mittwoch die politische Aussprache beim Notetat und bei den damit verbundenen Anträgen auf Aufhebung der Notverordnung der Regierung fortgesetzt. An erster Stelle sprach der Zentrumsabg. Joos, der dem linken Flügel der Zentrumspartei angehört. Er erkannte den Standpunkt des Reichskanzlers in der Verordnungsfrage als berechtigt an, wahrte sich aber auch das Recht der Kritik. Er warnte vor einem zu weitgehenden Abbau der Sozialversicherung und vor einschneidenden Eingriffen in alte Rechte. Nach ihm gab der Justizminister Emminger einen eingehenden Ueberblick über die Notverordnungen auf dem Gebiete der Justiz, deren Notwendigkeit er rechtfertigte. Es handele sich um schwerwiegende Maßnahmen, zu denen man durch die Not gezwungen werde. Nebenbei teilte er mit, daß im Jahre 1923 die Zahl der Landesverratssachen 1351 betrug, darunter 32 Presesachen. Volksgesundheit und Volksbildung sind ebenso wichtig wie Strafrechtspflege. Auch sie hätten sich Eingriffe in unerhörter Form gefallen lassen müssen. Der Minister behandelte dann

die Aufwertungsfrage,

über die die Meinungen auseinandergegangen seien. Hier müsste eine raische Lösung gefunden werden im Interesse des notwendigen Kredits. Der Minister warnte vor einer Ablehnung der dritten Steuernotverordnung die eine neue Inflation zur Folge haben würde. Ideal sei die Lösung nicht, aber die Erhaltung der Wirtschaft verlangte eine raische Entscheidung. Der Abg. Dr. Scholz von der Deutschen Volkspartei warnte eindringlich vor einer langen unfruchtbaren Debatte. Die Reichstagsverhandlungen dürften nicht den Eindruck machen, als ob eine Hetze wohnlang ein ein beraderte, das sie nicht einmal selbst gelest habe. Der Redner ermahnte zur Würde gegenüber dem Auslande. In der Schuldfrage müsse die Regierung propagandistischer vorgehen. Die Welt müsse endlich einsehen, daß ein wirtschaftlich verwüstetes Deutschland die ganze Welt schädigt. Deshalb stehe in vorderster Linie die Befreiung von Rhein und Ruhr. Der Redner forderte Wucherbekämpfung, Bebauung der Kreditnot und Steuererleichterung für den Mittelstand. Der Nöte der Landwirtschaft widmete er eindringliche Worte. Wenn man den Beamten jetzt mehr Arbeit zumute, müsse man sie auch besser bezahlen. Gegen eine völlige Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes bestünden ernste Bedenken. Im übrigen sei jetzt keine Zeit zu unfruchtbarer Kritik.

Das Vaterland stehe über der Partei.

In temperamentvoller Weise ging der Führer der Deutschnationalen, Hergt, den Regierungsverordnungen zu Leibe, deren Aufhebung er forderte. Er verspottete die Sozialdemokraten mit ihren vielen Anträgen, deren Erledigung jahrelang dauern würde, und verlangte Neuwahlen zum 6. April und gleichzeitig die Neuwahl des Reichspräsidenten. Das Volk sei gegen die völlige Aufhebung des Ausnahmezustandes, das hätten die Wahlen in Sachsen, Thüringen und Mecklenburg gezeigt. Notwendig sei ein Abbau der verfassungsfeindlichen Republikschutzgesetze, denen es ein halbes Dutzend Minister, die von den Strafgerichten verfolgt werden, verdanken, daß sie nicht gefaßt werden können. Der Redner fordert die Aufhebung der dritten Steuernotverordnung. Darauf wurde die Beratung abgebrochen.

Die Anklage gegen Kahr.

Der zweite Verhandlungstag in München.

Von unserem Sonderberichterstatter.

München, 27. Februar.

Noch einmal flammen in dem Münchener Volk alle Leidenschaften auf, wo man nun täglich in verschiedenen Extraausgaben der Zeitungen diese Phase des großen Prozesses verfolgen kann. Die Schichten sind ja hier ganz anders als in Norddeutschland. Die Klassengegensätze nicht so groß. Bis tief in die Arbeiterschaft hinein hat der völkische Gedanke Wurzel geschlagen. Heute früh spricht mich kurz vor der Verhandlung ein einfacher Steinträger auf der Straße an: „Ham's den Kahr scho verhaftet?" Gestern Abend im Augustiner aber sangen Studenten und kleine Bürger: „Das Lügen ist dem Kahr sein Lust, das Lü-hügen!" Man hat den Eindruck, daß weitaus die Mehrheit der Bevölkerung für die Angeklagten Partei ergreift.

Hitler hat gestern vielleicht etwas zu lang gesprochen, man kann den Stoff eines fast vierstündigen, manchmal wasserfallartig schnellen Vortrags nicht ganz sich einverleiben, aber einzelne Sätze klingen einem noch nach. So der, daß wir den nationalen Abwehrwillen an der Ruhr zu einem bezahlten Generalstreik degradiert hätten; oder, man könne nun einmal den Feind nicht totfaulenzen. Gestern haben die Staatsanwälte auf Wunsch des Präsidenten den Vortrag nicht unterbrochen, heute hacken sie los. Der evangelische mit süffisantem Lächeln, der katholische mit verbissenem fanatischem Ernst. Sie möchten Hitler darauf festlegen, daß er an dem berühmten Novembertage gesagt habe: „Die politische Leitung des Reichs habe ich!" wodurch die Absicht, sich an die Stelle der gesetzlichen Gewalten zu setzen, scheinbar schon erwiesen wäre. Aber Hitler hat, wie auch Dr. Weber später bestätigt, nur gesagt: „Die Leitung des politischen Kampfes habe ich!" Die Propaganda, das Aufpeitschen der Massen, das Organisieren, das verstehe er, das werde seine Aufgabe bleiben, „Wie hätte ich die erste Stelle beanspruchte, wo doch ein Ludendorff neben mir stand!" sagt er heute und das klingt überzeugend. Nicht alle sind freilich überzeugt, abgesehen von den Staatsanwälten. Ich habe mit Leuten gesprochen, die am 8. und 9. November dabei waren, den Putsch mitgemacht haben. Leute, die sehr lebhaft von allen Einzelheiten erzählen und danach hat Hitlers Auftreten doch etwas stark Theatralisches, mehr als Mussolinisches gehabt, so als trete er persönlich nun die Weltherrschaft an. Seine Leute allenfalls wollten ihn als Diktator sehen.

Die Vormittagssitzung bringt die verantwortliche Vernehmung des Führers des Bundes „Oberland", des jungen Tierarztes Dr. Weber, des Schwiegersohns des bekannten nationalen Verlegers Lehmann in München. Er gibt zunächst eine zusammenfassende Darstellung der Geschichte aller Bünde und Verbände. Der Bund Oberland, der besonders durch seine Polenkämpfe in Oberschlesien bekannt geworden ist, hat auch viele Arbeiter zu Mitgliedern, von einzelnen Gruppen und Betrieben bis zu einem Drittel der Belegschaft. Weber spricht sehr ruhig, sehr bestimmt, mit einer sympathischen Klarheit, und hält auch nachher den 1½ Stunden Kreuzverhör gelassen stand. Man hat das Gefühl: alle diese Männer haben nicht Veranlassung, irgend etwas zu verbergen, versuchen also auch nicht, wie sonst manche Angeklagten, sich herauszulügen. Aus dem Kreuzverhör geht greifbar deutlich hervor, was schon Hitler gestern behauptet hat, daß Kahr und Lossow monatelang mit in der nationalen Verschwörung gesteckt und längst ihr Einverständnis damit erklärt hatten, das neue Direktorium bilden zu wollen. Völlig ins Bodenlose zerstiebt die Legende, daß die beiden Herren nur mit der Pistole gezwungen worden seien, mitzumachen. Man hat im Nebenzimmer des Bürgerbräus am Abend des 8. November sehr friedlich alles besprochen. „Sie, Herr Dr. Weber, gebens mia auch Zigaretten!" habe General von Lossow, halb rittlings auf dem Tisch sitzend, gesagt. Das schlägt durch. Schweres Murren erhebt sich im Saal, als einer der beiden Staatsanwälte, ganz Pflicht und Fanatismus, die Behauptung wagt, selbstverständlich hätten die Angeklagten nur an einen blutigen Aufstand denken können. Sie hätten wissen müssen, daß der Name Ludendorff ihnen nicht die Wege geebnet hätte, denn der General Ludendorff habe in der Reichswehr kaum mehr Resonanz. Man sieht rote Köpfe im Saal, man hört Grollen und Stühlerücken, der Präsident muß scharf eingreifen, um wieder Ruhe zu schaffen.

Recht wenig Freude erlebt die Staatsanwaltschaft in der Nachmittagssitzung. Der vielumstrittene Pöhner wird vernommen. Der ehemalige Münchener Polizeipräsident, Rat am obersten bayerischen Landesgericht, angeklagt wegen Hochverrats, wie die übrigen. Lang und aufrecht. In dem glattrasierten Sportgesicht, das so aussieht als komme der Besitzer vom Sonnenbrand auf einem Gletscher herunter, rollen ein paar kluge dunkle Augen. Es ist der Mann, der auch nach der Revolution nie ein Hehl aus seiner Gesinnung gemacht hat. „Ich bin Jurist, ich bin Offizier," sagt er, „und ich habe nie die Anschauungen verleugnet, in denen ich groß geworden bin." Im Januar 1919 habe er den roten Fetzen vom Strafgefängnis Stadelheim heruntergeholt; das war damals das erste bayerische Amtsgebäude, von dem der rote Fetzen verschwand. Pöhner spricht abgehackt, akzentuiert, wortweise. Jeder Satz ist ein Holzzolben für den Scheiterhaufen Kahrs. Jenes Kahr, der schon lange vor dem 8. November mit Pöhner den Staatsstreich besprochen und ihm das Zivil-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240229017/fragment/page=0001

kommissariat für Sachsen und Thüringen angeboten hat. Jenes Kahr, der genau in derselben Weise wie diesmal schon zweimal zur Macht zu kommen versuchte, und tatsächlich gelang es. Durch „gewaltlose Gewalt", wie man es auch im vorigen November erhoffte, ist doch schon einmal die bayerische sozialistische Regierung Hoffmann hinweggefegt worden. Einfach durch das Erscheinen von einem Leutnant mit zwölf Mann vor dem Landtagsgebäude. Es ergibt sich die Frage, ob diese Dinge in der öffentlichen Verhandlung besprochen werden sollen. Der Chorus der Rechtsanwälte stellt sofort die Frage, ob die Sicherheit Kahrs identisch sei mit der zu schützenden Staatssicherheit. Immer weiter fliegen die Holzscheite aus Pöhners Munde. Das gibt, wenn erst v. Kahr als Zeuge vernommen wird, ein Ketzergericht.

Die Sprache Pöhners ist von einem erschütternden Freimut. Er sagt ruhig und wörtlich: selbstverständlich sei er der Ansicht, daß man die Berliner Novemberlinge auch mit Gewalt entfernen dürfe, denn die Revolutionäre seien Lumpen und Verbrecher, aber daß Gewalt überhaupt nötig sein werde, habe man am 8. November vorigen Jahres gar nicht gedacht. Man war ja einig mit dem Inhaber der vollziehenden Gewalt in Berlin, mit v. Kahr, mit dem Landeskommandanten der Reichswehr v. Lossow. Das ist wichtig. Das bedeutet, wie Rechtsanwalt Luetgebrune sofort anmerkt, daß den sogenannten Hochverrätern das Bewußtsein der Gewaltsanwendung bei ihrem Staatsstreich gefehlt habe. Bis in die späte Abendstunde geht Pöhners Vernehmung weiter. Aber kein Zuhörer entfernt sich von seinem Platze.

*

München, 27. Februar. In der Nachmittagsverhandlung wird in die Vernehmung des Angeklagten Oberlandesgerichtsrat Pöhner eingetreten. Dieser gibt in ausführlichen Darlegungen ein Bild seiner grundsätzlichen politischen Einstellung als ehemaliger königlicher Offizier und königlicher Richter. Dann fährt er fort: Herrn von Kahr lernte ich als Polizeipräsidenten kennen und hochschätzen. Die Fühlung mit ihm habe ich aufrechterhalten, wenn die Beziehungen auch mit der Zeit ziemlich ganz aufhörten, da ich Zweifel hegte, ob Kahr in schwierigen Situationen die Entschlußkraft aufbringen würde, die notwendig sein konnte. Warum ich trotzdem am 30. September mit ihm zusammenkam, war in dem Wunsche des Kapitänleutnants Ehrhardt begründet. Bei Gelegenheit sagte Ehrhardt, es würde jetzt doch ernst mit dem Vormarsch gegen Berlin und er möchte sich zu diesem Zweck mit Herrn von Kahr ins Einvernehmen setzen. Es mußte Herrn von Kahr darum zu tun sein, daß er bei seiner Aufgabe als Inhaber der vollziehenden Gewalt die gesamten vaterländischen Verbände hinter sich bekam. Für mich war der Gedanke maßgebend, daß ich bei meinem Zusammengehen mit Kahr in der Lage sein würde, auch die abseits stehenden Leute der vaterländischen Bewegung unter die Fahne Kahrs zu bringen. Ich habe mich dieser Pflicht nicht entzogen und bin mit Kriebel und Frick zu Kahr gegangen. In dieser Beinrechnung machte Kahr den Vorschlag, ob ich mit ihm zusammenzuarbeiten bereit sei, die Funktionen eines Zivilsouverneurs in Sachsen und Thüringen zu betreiben. Die Unterredung, die die letzte mit Herrn von Kahr war, verlief ohne positives Ergebnis. Inzwischen hatten sich im Oktober die Verhältnisse so entwickelt, die Erregung in allen Kreisen war so gestiegen, daß über kurz oder lang eine Explosion kommen mußte. Damals kam Ehrhardt zu mir. Ich wunderte mich darüber, da ich wußte, daß, obwohl gegen Ehrhardt von Leipzig ein Steckbrief vorlag, er

von Oberst Seisser einen Ausweis für sich hatte, wonach er nicht verraten werden durfte und als Notpolizist für die bayerische Regierung tätig sei. Er erklärte mir, es gehe nicht vorwärts. Es sei nicht möglich, wegen des Marsches nach Berlin Herrn von Kahr weiterzubringen. Die ganze Lage war also recht gespannt.

Als ich am 8. November früh von Hitler besucht wurde sagte dieser; es sei notwendig, die Herren, die doch entschlossen seien (er meinte Kahr, Lossow und Seisser) den Marsch endlich anzutreten und die Reichsregierung zu beseitigen, die Sache zu erledigen. Als mich Hitler dann fragte, ob ich bereit wäre, das Amt eines bayerischen Ministerpräsidenten zu übernehmen, habe ich, ohne eine Minute zu zögern, zugesagt. Hitler mein Wort gegeben und hätte es selbstverständlich auch gehalten.

Pöhner kommt hierauf auf die Vorgänge im Bürgerbräukeller zu sprechen. Als ich, während die Herren im Nebenzimmer waren, an die Versammlung einige beruhigende Worte richtete, wurde ich durch einen Offizier in das Nebenzimmer gebeten. Wir fanden die Herren Kahr, Lossow und Seisser in außerordentlich verwunderlicher, ja vielleicht sogar verstörter Stimmung. Sie waren aus dem Konzept gebracht. Ein peinliches Schweigen herrschte anfangs in dem Raum. Ich wandte mich an Herrn von Kahr und bat ihn, sich der Größe der Aufgabe und der Bedeutung des Augenblicks nicht zu verschließen. Herr von Kahr war nicht über die Sache, sondern über die Art und Weise, wie er aus dem Saal herausexkortiert worden sei, aufs äußerste empört und gekränkt und weigerte sich deshalb, irgendetwas mitzutun. Ich sprach auf ihn ein und legte ihm klar, daß doch dasen begonnen worden sei, was wir die ganze Zeit angestrebt hätten, daß sämtliche Regierungen von Revolutionsgnaden beseitigt würden. Herr von Kahr machte in der Sache selbst keinen Widerspruch geltend. Sein Bedenkenwand war und blieb, daß er aus dem Saal geführt worden war. Er äußerte, so etwas müsse man einem doch vorher sagen; so dürfe man einen doch nicht überfallen. Hitler hätte doch geht bis zehn Tage warten können. Es standen nur noch einige Antworten und Anfragen von norddeutschen Herren aus, deren Zustimmung er sich noch versichern wußte. Während ich mich mit Herrn von Kahr unterhielt, kam Ludendorff und bat Kahr in inländischer wortkarger Art, doch in dieser Schicksalsstunde des Deutschen Reiches das zu tun, was alle sehnsüchtig von ihm erwarteten. Herr von Kahr verhielt sich auch Ludendorff gegenüber zunächst abwesend. Ludendorff wandte sich dann an Lossow und sprach mit diesem. Was die beiden Generale untereinander besprochen haben, hörte ich nicht.

Ich nahm nur wahr, daß Lossow durch die Ereignisse aus dem Konzept gebracht war, später eine neutrale Haltung einnahm und dann dem Ersuchen Ludendorffs sichtlich gerührt war und schließlich, als Ludendorff sagte: „Also, Lossow, gehen Sie mit uns und schlagen Sie in meine Hand ein!" Lossow dieses tat.

Unmittelbar danach wandte sich Ludendorff an Seisser und der bat, ohne ein Wort zu verlieren, ohne die geringste Einwendung zu machen, Ludendorff selbst die Hand hingestreckt und freudig eingeschlagen. Dann wandte sich Ludendorff zu Herrn von Kahr und sprach erneut auf ihn ein. Kahr war kleinlich, kleinmütig, fast verschämt und äußerte: „Die Sache wird nicht halten. Das geht so nicht. Da hätte man noch warten müssen. In acht bis zehn Tagen hätte das nach der Zustimmung von Norddeutschland gemacht werden müssen." Ich antwortete darauf: „Exzellenz, was in acht bis zehn Tagen geht, geht auch heute. In acht bis zehn Tagen ist die Lage für uns nur noch schlechter. Herr von Kahr konnte sich den Erwägungen nicht verschließen und kam mit einem neuen Einwand: „Ich bin Monarchist. Ich bin der Vertreter des Königs und ohne Einwilligung des Königs kann ich so etwas gar nicht machen." Ich erwiderte: „Exzellenz, das ist doch mein Standpunkt. Auf diesem Boden haben wir beide doch immer als alte königliche Beamte zusammen gearbeitet. Jetzt gilt es, Farbe zu bekennen. Jetzt müssen wir das tun, was im Sinne des Königs gelegen ist und durch die Tat beweisen, daß wir noch der alten Gesinnung sind. Hitler, der sich mit in das Gespräch einmischte, bat flehentlich Herrn von Kahr und sagte:

„Exzellenz, gerade dem König ist durch die Revolution schweres Unrecht geschehen. Das gilt es wieder gut zu machen. Wenn Exzellenz gestatten, werde ich unmittelbar von der Versammlung weg zu Sr. Majestät fahren und dort mitteilen, daß durch die deutsche Erhebung das Unrecht, das dem höchstseligen Vater Euer Majestät widerfahren ist, nun wieder gut gemacht werden soll."

Herr von Kahr hat dann ohne Einschränkung seine Einwilligung gegeben und gesagt, er würde erklären, daß er als Stellvertreter des Königs das Amt des Landesverwesers übernimmt.

Weitere Vorgänge sind aus der Presse bekannt. Ich hatte aus den Verhandlungen im Nebenzimmer den Eindruck gewonnen, daß es den Herren mit ihrer Zustimmung absolut ernst sei. Um 4 Uhr morgens wurde ich durch das Telephon geweckt. Es meldete sich der Chefredakteur Gerlich, der mir mitteilte, er habe die Nachricht erhalten, daß das Erscheinen der Morgenzeitungen durch das Generalstaatskommissariat bei Todesstrafe verboten sei. Ich bezeichnete diese Mitteilung als einen glatten Unsinn, eine Mystifikation. Nach 20 Minuten teilte mir Gerlich nochmals telephonisch mit, daß das Verbot der Zeitungen aus dem Generalstaatskommissariat kommne und tatsächlich von diesem erlassen sei. In diesem Augenblick war mir klar, daß hier ein falsches Spiel getrieben wurde. Fast gleichzeitig kam ein Auto von Scheubner-Richter und bat mich, sofort ins Wehrkreiskommando zu kommen. Ich fuhr und traf dort außer Ludendorff und Hitler, Roehn, Kriebel und andere. Wir waren uns klar darüber, daß von irgendeiner Seite ein falsches Spiel getieben wurde und besprochen, was in dieser Situation zu tun sei. Hitler schlug vor, er wolle am nächsten Tage die öffentliche Meinung großzügig bearbeiten und für die nationale Erhebung gewinnen. Auf eine Frage des Vorsitzenden antwortete Pöhner dann noch: Aus der Tatsache, daß Kahr in engsten Beziehungen zu Hitler stand, habe er natürlich etwas anderes angenommen, als daß Ehrhardt von der bayerischen Grenze bloß als Grenzschutz wirken solle. Herr von Kahr hatte schon gesprochen, daß im Norden aufgeräumt werden müsse. Ich habe den Staatsanwalt wiederholt gebeten und bitte ihn jetzt neuerdings, er möge Ehrhardt als Zeugen vernehmen lassen. (Staatsanwalt ruft dazwischen: weil sein Aufenthalt nicht bekannt ist! Hört, hört! Unruhe.) Der Staatsanwalt Dr. Stenglein stellte dann den Antrag auf Ausschluß der Oeffentlichkeit. Das Gericht stellte die Entscheidung über den Antrag aber zurück bis nach der zeugenschaftlichen Vernehmung Kahrs. Nach einer Reihe von weniger wichtigen Fragen und Antworten zwischen Verteidigern, Angeklagten und dem Gericht wurde die Sitzung auf Donnerstag vormittag 9 Uhr vertagt.

* * *

Die Aussagen Kriebels.

München, 28. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Eröffnung der Donnerstagsitzung zog sich bis 10½ Uhr vormittags hinaus, weil Ludendorff bei der Fahrt zum Gerichtsgebäude eine Autopanne erlitten hatte. Erster Staatsanwalt Stenglein erklärt zu der Behauptung, daß Kapitänleutnant Ehrhardt nicht vernommen werden konnte, die Staatsanwaltschaft habe das, um was es sich handelte, durch die Herren Kahr und Seisser feststellen lassen. Gegen Ehrhardt schwebe kein Strafverfahren. Nicht habe die Staatsanwaltschaft kein Interesse an der zeugenschaftlichen Vernehmung Ehrhardts. Deshalb sei auch nach seinem Aufenthalt nicht geforscht worden. Justizrat Zezschwitz erklärt dagegen, er habe schon am 1. Dezember ein Schreiben an den Generalstaatsanwalt und den Justizminister gerichtet, in welchem er darauf ordnungen habe, daß das Verfahren gegen Kahr, Lossow und Seisser auch angenommen werde. Wenn derartige Anträge gestellt werden, dann sei es verfehlt, sich auf die Aussagen einiger Herren von der Staatsanwaltschaft zu beschränken und danach die Auswahl der Zeugen zu bestimmen. Rechtsanwalt Holl betont wiederholt, daß von einer gewissen Seite dem Kapitänleutnant Ehrhardt mitgeteilt wurde, er werde, wenn er von der Verteidigung als Zeuge geladen werde, von der Staatsanwaltschaft verhaftet. — Das Gericht setzte darauf die Vernehmung der Angeklagten fort. Zunächst äußert sich in längeren Ausführungen Oberstleutnant a. D. Kriebel, der militärische Führer des Deutschen Kampfbundes, teils in öffentlicher, teils in geschlossener Sitzung über seine Tätigkeit und die Beweggründe seines Handelns. Der Angeklagte leitet ein mit seiner Tätigkeit bei der Waffenstillstandskommission in Spaa und erklärt, schon dort haben wir das ganze Elend mitgemacht.

Wir standen vor einem mitleidlosen Feind, während im Rücken Verbrecherbanden das einzige Pulver, das wir noch hatten, zerstreuten. Da ist uns klar geworden, daß wir auch den Feind innen hätten, der beseitigt werden mußte, bevor wir an die großen Fragen herantreten könnten. Als ich in Spaa war, mußte ich damals von General Degoutte mir eine Behandlung gefallen lassen, gegen die sich das Innere aufbäumte.

Denn unsere Uniform war damals schon durch die Novemberverbrecher geschändet. Als unser Zug von Spaa abfuhr, rief ich am offenen Fenster den belgischen Beamten zu: „Auf Wiedersehen in einigen Jahren!" Entrüstungsrufe, ein Steinhagel und Revolverschüsse wurden uns als Antwort. Ich habe damals den Schwur getan, daß ich nicht rasten werde, das zu erfüllen, was ich geschworen hatte. Das sind die Beweggründe, aus denen alles andere zu erklären ist. In seinen weiteren Ausführungen erklärt der Angeklagte: Als die Auflösung der Einwohnerwehr angeblich auf äußeren Druck von der Reichsregierung verlangt wurde, begab ich mich zu Kahr, um ihm über die Lage klaren Wein einzuschenken und ihm zu erklären, daß es nur möglich sei, sich dem Diktat der Auflösung zu widersetzen, wenn man sicher war, daß er sich hinter die Einwohnerwehr stellen würde. Herr v. Kahr hat es damals abgelehnt, mir eine Antwort zu geben. Es ist also nicht richtig, und ich bin das meinem persönlichen Freunde Escherich schuldig hier zu erklären, daß er die Schuld an der Auflösung trägt, wie er es bis jetzt in mannhafter Weise auf sich genommen, sondern daß die Schuld an der Auflösung einzig und allein an Herrn v. Kahr liegt. Ich erkannte damals die große Schwäche bei Kahr, die mir zeigte, daß er ein Mann der offenen Hintertüren sei. Durch meine Beziehungen zu den Jugendbünden kam ich zum Kampfbund, dessen militärischer Leiter ich schließlich wurde. Ich bitte im Interesse der Ruhe und Ordnung im Staate, mir Gelegenheit zu geben, um den Zusammenhang meiner Erklärungen zu wahren, meine weiteren Ausführungen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit machen zu dürfen. Der Erste Staatsanwalt beantragt, die Sitzung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit weiterzuführen. Das Gericht beschließt, daß die Oeffentlichkeit für die Dauer weiterer Vernehmungen des Angeklagten ausgeschlossen werde, da sie eine Gefährdung der Sicherheit bedeuten würde. Zugelassen sind nur Vertreter der Reichs- und staatlichen Behörden. Um 10 Uhr 15 Min. wird der Sitzungssaal geräumt.

Kurz nach 12 Uhr wurde der Schluß der heutigen Vormittagssitzung verkündet und Mitteilung gemacht, daß die Vernehmungen am Nachmittag 2⅓ Uhr unter Ausschluß der Oeffentlichkeit fortgesetzt werden.

Ihre Haut hungert

und friert! Unabsehbar sind die Folgen für Gesicht und Hände! KOMBELLA-CREME ernährt, heilt und schützt die Haut und erhält sie dauernd gesund, zart und jugendschön Es gibt nichts Wirksameres als

KOMBELLA

KOMBELLA-CREME KOMBELLA-SEIFE

Die echten „Continental"-Sohlen und Absätze im Spezial-Geschäft Gummi-Bieder, Gr. Steinstrasse 81 (Nähe Markt).

Der Erfinder.

Ein deutscher Roman aus Amerika von Moritz Schäfer.

(27. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Die Maultiere verfielen aus ihrem Jagen in Schritt, standen zitternd und schnaubend still, warfen sich nieder, kaum, daß die Reiter den Fuß aus dem Bügel nehmen konnten. Jegt kauerten Mensch und Tier Seite an Seite, und über sie hin tobte der Sturm, wirbelte zerfetzte Stämme und Aeste. Eisbrocken prasselten herab, rissen der jungen Amerikanerin und ihrem Begleiter Schrammen in Gesicht und Hände; dann wieder rauschte eine Sintflut nieder, die ihre Kleider durch und durch mit kalter Nässe tränkte. Die Tiere lagen still, nur die Flanken schlugen. Wie von einer Riesenfaust gehalten, ließ die Kreatur den Hexensabbath über sich ergehen. Auch den Menschen war das Atmen erschwert, die Sinne drohten ihnen vor der rasenden Gewalt der Elemente zu schwinden. Und doch sah Bauer in dieser furchtbaren Stunde beim Aufleuchten der grellen Blitze etwas, was seine Gedanken weit ablenkte von der Gefahr: Der Boden, auf dem er lag, war ohne Graswuchs, wie abgebrannt war die Stelle. Und weiter nach dem Walde zu gab es noch größere, muldenartig vertiefte Kahlflächen, die sich von dem grünen Teppiche der Prärie wie Inseln abhoben. Ein schmieriger fetter Ueberzug des Kieselbodens ließ den zerrinnenden Hagel abfließen; teilweise war der verwitterte Schiefergrund von einer wagenschmierartigen Masse überzogen, — kein Zweifel, das Terrain war erdölhaltig! „Petroleum!" jubelte es in dem Manne auf, der, bis auf die Haut durchnäßt, schwer keuchend zur Seite seiner ebenso grausam von den Elementen durchrüttelten Gefährtin lag.

Nach einer halben Stunde ließ die Kraft des Tornados nach. Die südliche Sturmwolke setzte ihren rasenden Lauf nach Norden fort und zerbrach an den Gipfeln des Gebirges. Die von Westen heraufgezogene Wolke hing noch mit ihren Ausläufern über den Häuptern der Ausflügler und überschüttete sie wieder mit Regen. Aber die Wirkung der atmosphärischen Kreissäge war aufgehoben, der Wind kam nur noch von einer Richtung, und das Tageslicht brach sich wieder Bahn. Da schimmerte es über dem Boden wie ein matter Abglanz des Regenbogens — die Erde gab im Fluoreszieren des aus den Tiefen steigenden Oeles ihr Geheimnis preis. Nur der Deutsche sah es mit seinem fachmännisch geübten Blick; Blossom blieb das Wunder verborgen, wie es all denen verborgen blieb, die auf der Jagd nach Gold achtlos bisher diese Gegend passiert hatten. Ohne weitere Fährlichkeiten, aber trotz ihrer Decken und Plaids triefend von Nässe, zerzaust und beschmutzt, kamen die Ausflügler vorbei an gestürzten Waldriesen und mit ihren Tieren über Trümmer aller Art kletternd, gegen 10 Uhr abends an der Stelle an, wo sie beim Hinwege ihr Picknick improvisiert hatten. „Gott sei Dank!" sagte Bauer, „jetzt haben wir gewonnenes Spiel. Aber wir werden beide an diese Spritztour denken, nicht wahr, Blossom? Sonne und Wind haben uns zwar einigermaßen wieder getrocknet, aber wenn wir mit einem Schnupfen davonkommen, will ich's loben!"

Da lachte sie hell auf und sprang aus dem Sattel. „Schnupfen, Mr. Bauer? So etwas kennen wir in Klondyke nicht! Hier geht alle Welt aufs Ganze. Entweder 40 Grad und Vetter Hein am Kopfende des Bettes — oder fidel wie ein Laubfrosch auf der Leiter!"

Da lachte auch er: „Dann lieber das letztere! Es scheint, Blossom, die kalte Dusche hat wieder gewirkt!"

„Innerlich vielleicht," gab sie munter zurück, „doch unser äußerer Mensch hat Schaden gelitten. Jetzt sehen wir nicht mehr wie Salonirapper aus, lieber Freund, jetzt gleichen wir eher gebadeten Mäusen." Und sie löste ihr Haar, daß ihr völlig zerzaust in Strähnen um die Stirn flatterte. „Sie müssen schon entschuldigen," sagte sie, „ich möchte doch ein bißchen gesittet aussehen, wenn wir in die Stadt einreiten." Wie ein Mantel umwallte sie die goldblonde Flut. Wieder wie droben in den Bergen stand die Mondsichel am Himmel und warf ihr fahles Licht auf die moderne Loreley, die zwar nicht mit goldenem Kamme, aber so gut es ging, mit den schmalen weißen Fingern die Fülle der leuchtenden Haare strählte und bändigte.

Er sah ihr vom Sattel aus zu und es dünkte ihn, als sei dieses junge Weib eine ganz andere geworden. Fraulicher waren die zarten Glieder gerundet, energischer die Linien des feingeschnittenen Profils gezeichnet. Ein Strahl der Lebensfreude blitzte aus den grauen Augen — sie wußte in diesem Augenblicke, daß sie schön war, berückend schön . .

Da stieg auch er aus dem Sattel und trat an ihre Seite. „Blossom," sagte er leise und innig, „ich habe keinen größeren Wunsch, als Sie glücklich zu sehen! Glauben Sie mir das?"

„Ich glaube Ihnen", sagte sie einfach und sah vertrauend zu ihm auf.

„Sie sind reich, Blossom," fuhr er fort, „reich an Gaben der Grazien, reich auch an irdischem Besitz. Aber all dieser Reichtum ist nicht Ihr Verdienst. Ich will Ihnen helfen, in ehrlicher Arbeit, Ihren Besitz zu mehren. Ich fühle die Wünschelrute in der Hand, die verborgenen Schätze dieses geheimnisvollen Landes zu heben. Nicht Gold gilt es zu schürfen; denn dieses ist längst von gierigen Händen der Erde entrissen, und die Nachlese, die sie jetzt droben in den Mountains halten, lohnt die Arbeit nicht. Nein, Blossom, ich kenne eine kostbare Quelle, die gilt es zu graben und zu fassen. Die sprudelt den Reichtum in lebendigem Strome. Es gibt draußen in der Prärie weite Strecken, die führen in unterirdischen Adern Petroleum. Erwerben Sie diese Ländereien, Blossom, lassen Sie nach Steinöl schürfen, lassen Sie Bohrtürme aufführen und sammeln Sie das Petroleum in Tanks! Bei all diesen Anlagen will ich Ihnen behilflich sein, solange ich noch im Lande bin. Sie aber sollen herrschen; denn Sie sind wert, eine Königin zu sein!"

„Bin ich das?" jubelte sie auf, und wieder traf ihn aus ihren leuchtenden Pupillen der phosphoreszierende Strahl.

„Ja," sagte er und ergriff ihre Hand, „so stelle ich mir die Königin vor! Golden das Haar und eisern der Wille! Wenn Sie Ihre Launen in die Rumpelkammer werfen, Blossom, sind Sie ein Weib, das die Herzen zwingt!"

Ein heißer Strahl des Glücks flammte in ihren Augen auf. Dicht an ihn geschmiegt, vom Krönungsmantel ihres leuchtenden Haares umwallt, stand sie gläubig und hoffend. Wie berauscht von stillverhaltener Wonne trank sie die Worte von seinen Lippen.

Noch immer ihre Rechte umfassend, sprach er weiter: „Sie können ein prächtiger Kamerad sein, ein treuer Weggenosse, der keine Gefahren kennt. Wenn Sie ganz Ihrem guten Stern vertrauen, Blossom, wenn Sie Ihrer innersten Natur folgen und alles Gesunde und Schöne pflegen, mit dem ein gütiger Gott sie begnadet hat, dann ist der Mann glücklich zu preisen, den Sie zum Lebensgefährten erwählen! Sie werden herrschen, Blossom, aber auch er wird ein König sein!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240229017/fragment/page=0002